

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindereustraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindereustraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Räumungsfrage und Regierungskrise

Was wird in Preußen?

Die Erklärung Lord Curzons im englischen Oberhaus über die beabsichtigte Verschiebung der Räumung der Kölner Zone hat die auswärtige Lage in unerfreulicher Weise kompliziert. Nach innen zeigt sie, wie wenig das Reich eine sichere Führung entbehren kann und wie wenig „national“ diejenigen handelten, die Deutschland die neue Krise und das Interregnum einer in Demission befindlichen Regierung brachten.

Für die Rechte sind aber auch die außenpolitischen Schwierigkeiten nur ein Mittel mehr zur taktischen Förderung ihres Strebens nach der Herrschaft. So gibt der „Tag“ wegen der Verschiebung der Räumung von Köln die Parole aus, Deutschland brauche jetzt „ein Kabinett der nationalen Verteidigung, wie es sich England und Frankreich in der Kriegsnot schufen, als die Konservativen in die liberale Regierung Lloyd Georges eintraten und Clemenceau die Fühler der Regierung Frankreichs scharf anzog.“

Wir wären dem „Tag“ dankbar, wenn er das Wesen und die Aufgaben des geplanten „Kabinetts der nationalen Verteidigung“ näher darlegen möchte. Trotz des Hinweises auf die „Kriegsnot“, auf Lloyd George und Clemenceau glauben wir nicht, daß das „Kabinett der nationalen Verteidigung“ als ein Kriegskabinett gedacht ist. Wir glauben auch nicht, daß der „Tag“ meint, die Bildung eines Kriegskabinetts in Deutschland könnte Frankreich und England veranlassen, die von ihnen bisher gehaltenen strategischen Positionen zu räumen. Wenn der „Tag“ aber das nicht meint, so bitten wir ihn zu sagen, was er meint. Denn daß er nur dumme Redensarten macht, können wir aus Gründen der Höflichkeit nicht annehmen.

Nach dem Regierungswechsel in England schwuren alle deutschnationalen Karlsen Michnids auf das Zusammengehen Deutschlands und Englands gegen Frankreich. Diese Spekulation war tödlich. Inzwischen hat sich gezeigt, daß England für Konzessionen, die es von Frankreich bekommt oder erwartet, in der Rheinfrage und in der Abrüstungsfrage zum Schaden Deutschlands mehr als entgegenkommend ist.

Fügs haben die deutschnationalen Karlsen Michnids ihren Plan geändert. An Stelle des Bündnisses mit England proklamieren sie die „nationale Verteidigung“ gegen England und Frankreich. Hauptsache bleibt es aber für sie immer, sich als geeignete Anwärter für Ministerposten zu empfehlen.

Der Volkspartei freilich scheint der Rudekudde, den sie angerichtet hat, noch immer nicht groß genug zu sein. Sie droht, auch Preußen mit hineinzuziehen, das durch die Stabilität seiner Regierung in den letzten drei Jahren das Reich vor dem Untergang gerettet hat. Die „Zeit“ schreibt:

Die Deutsche Volkspartei wird sich im neuen Bundtag für die Erhaltung oder Wiederaufrichtung der bisherigen Koalition nicht zur Verfügung stellen. Was das für die Existenz des Kabinetts Braun-Severing bedeutet, ist wohl ziemlich klar und wird gegebenenfalls, wenn es nicht klar genug sein sollte, wohl noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden können. Es wird sich dann zeigen, ob im Reichstagen Bundtag die Mehrheit für eine Wiederwahl der bisherigen Ministerpräsidenten und für eine Regierung des Zentrums und der beiden Linksparteien vorhanden ist.

Wenn das ein Versuch sein soll, auf das Zentrum einen Druck auszuüben, so ist ein Erfolg wenig wahrscheinlich. Denn eben heute spottet eine Zuspätkommenheit der Reichstagsfraktion des Zentrums in der „Germania“ über die „großen politischen Kinder“, die noch auf einen Umfall des Zentrums hoffen. Die Zuspätkommenheit.

Das Zentrum weiß, was es will. Wenn die Herren von rechts mehr die politischen Realitäten sehen wollten, dann wäre ihrer Sache mehr gedient, als mit dem Kampf gegen den Reichspräsidenten, die Reichsverfassung und der seitlichen Außenpolitik.

Es bleibt dem Verantwortungsgefühl der „nationalen“ Rechtsparteien überlassen, ob sie Deutschland in Klump schmeißen wollen, weil sich das Zentrum in ihren Bürgerhaud nicht hineinzwingen läßt.

Chamberlains Programm.

Paris, 20. Dezember. (II.) Außen Chamberlain hat gestern abend Vertreter der englischen und der ausländischen Presse empfangen und ihnen Angaben über die englische Politik im allgemeinen gemacht. Die Angaben lassen sich in nachstehenden Punkten zusammenfassen:

1. Geistes Protokoll: Die englische Regierung wird ohne Anhörung der Dominien keinen Beschluß fassen. Die Vertreter der Dominien werden in naher Zukunft zu einer Besprechung in London eintreffen. Wahrscheinlich werden an dem Protokoll einige Abänderungen vorgenommen werden.

2. Schuldenfrage: Die englische Regierung hat ihr Wort versündigt und beabsichtigt, ihre Schulden bis auf den letzten Pfennig zurückzahlen. Sie erkennt an, daß Frankreich seine Verpflichtungen nicht außer Acht lassen darf unter dem Vorwand, daß es mit der Bezahlung seiner Schulden an ein anderes Land beginnen muß.

3. Abrüstung und Sicherungen: Die englische Regierung ist nicht in der Lage, diese Frage vor Anhören der Dominien über das Genfer Protokoll zu erörtern.

4. Räumung Kölns: Die englische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß jede hinauschiebung der Räumung dieser Zone der

deutschen Obstruktionspolitik zugeschrieben werden müsse. Die Regierung wird keine Kenntnisnahme des Berichtes der Kontrollkommission keine Beschlüsse fassen können.

5. Marokko-Frage: Die Politik der englischen Regierung zielt auf die lokale Beschränkung der Aufstandsbewegung ab. Die englische Regierung verfolgt die Ereignisse in Nordafrika mit großer Aufmerksamkeit. Sie erachtet es für nötig, daß sich die nicht beteiligten Staaten in die marokkanische Frage nicht einmischen dürfen.

London, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Opposition im englischen Parlament, insbesondere die Arbeiterpartei, ist mit der Haltung der englischen Regierung zur Räumung der Kölner Zone sehr unzufrieden. Sie erklärt, daß es unberechtigt ist, die Befehle über die im Friedensvertrag vorgesehene Frist zu verlängern, solange hierfür kein Rechtsgrund vorliegt. Der „Manchester Guardian“ erklärt zur Haltung der englischen Regierung, daß Deutschland berechtigt sei, die Zurückziehung der Truppen aus der Kölner Zone zu verlangen, wenn nicht bis zum 10. Januar 1925 ein Verstoß Deutschlands gegen den Friedensvertrag bewiesen werden kann.

Ein Protest aus Saarlouis.

RTB verbreitet eine längere Eingabe der Stadt Saarlouis an den Reichskanzler, die unter energischer Betonung der deutschen Bestimmung der Einwohnerschaft gegen ein Geschick ungeschickten Stellung nimmt, wonach Herriot den Verzicht Frankreichs auf das Saargebiet und die Saargruben auszusprechen bereit sei, wenn die Stadt Saarlouis nicht 7 Bürgermeisterereien ohne Abstimmung an Frankreich fällt. Die Eingabe behauptet, daß dieses seit Monaten umlaufende Gerücht neuerdings als richtig bestätigt worden sei.

Das Gerücht ist zwar nicht neu, aber von seiner Bestätigung ist uns nichts bekannt. Indessen ist das Ereignis der Saarlouiser Bevölkerung zum Deutschum um so mehr zu begrüßen, als dadurch die französische Regierung veranlaßt werden dürfte, zu der angeblichen Erklärung Herriot Stellung zu nehmen. Die beste Lösung wäre vielleicht, wenn Herriot tatsächlich den Verzicht Frankreichs auf das Saargebiet und die Saargruben auszusprechen würde und, da man sich vielleicht in seiner Umgebung illusionen über die Stimmung der Bevölkerung von Saarlouis hingibt, wenn man ein Plebiszit in Saarlouis sofort und nicht erst in 10 Jahren stattfinden läßt. Das Ergebnis würde zweifellos ein überwältigender Sieg für Deutschland sein und damit wäre nicht nur das gesamte Saargebiet wieder endgültig deutsch, sondern es würde oben drein ein gefährlicher Sanktappell aus der Welt geschafft sein.

Berlin-Halle.

In der SPD. diskutiert man.

Die kommunistische Presse ist äußerst vorsichtig in der Berichterstattung über die Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager. Nur selten bringt über die heftigen Kämpfe in der SPD. etwas an die Öffentlichkeit. Um so interessanter ist es, daß jetzt auch der in Halle erscheinende „Klassenkampf“ über eine Diskussion in der Mitgliederversammlung der SPD. in Halle berichtet muß. Während der offizielle Referent, der Landtagsabgeordnete Kilian, von der „sozialdemokratisch-reformistischen Politik“ der Reichskommunisten absieht und die Wahlergebnisse der Bezirke rühmt, die sich entschieden und energisch jede Einmischung opportunistisch-sozialdemokratischer Elemente verbieten, trat in der Diskussion sozialdemokratisch verfechtete Referent auf. Es heißt im Bericht des „Klassenkampf“:

„In der Diskussion sprachen eine Reihe von Genossen, die glaubten, zu den Lehren des Wahlergebnisses andere Stellung nehmen zu müssen als die Referenten. Sie wiesen auf die Kandidatenfrage, die Fehler in der Genossenschaftspolitik u. a. hin. Ihre Ausführungen fanden lebhaften Widerspruch bei der Mehrheit der Versammlung.“

Was diese Referent gesagt haben, verrät der Bericht nicht, und von Einstimmigkeit scheint in der Versammlung auch keine Rede gewesen zu sein. Es heißt im „Klassenkampf“ zum Schluß nur lakonisch:

„An den Schlussworten wiesen die beiden Referenten die Angriffe auf die Linie der Partei unter Zustimmung der Versammlung energisch zurück. Sie schloßen unter Beifall fest, daß die Diskussion über Parteitalität auf dem Frankfurter Parteitag beschloßen sei und daß es jetzt gelte, diese Beschlüsse in energischer praktischer Arbeit durchzuführen.“

Wir fürchten, die Kommunisten werden noch manche Diskussionen über die Resultate ihrer glorreichen „linken“ Führung haben. Wenn es ihnen erst gelungen ist, den Bürgerhaud in den Sattel zu setzen, dann werden den kommunistischen Arbeitern noch rechtzeitig genug die Augen darüber ausgehen, wohin der Kurs von ihren unentwegten „revolutionären“ Führern gesteuert wird.

Brantinas Zustand.

Stockholm, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der schwedische Ministerpräsident Branting dürfte infolge seiner Krankheit wieder noch mehrere Wochen den Dienstschritten fern bleiben müssen. Augenblicklich ist der Gesundheitszustand, obwohl sich nicht befürchten lassen. Die Vermutungen von einem baldigen Wiedereintritt sind heute unbegründet.

Italienische Austauschamnestie?

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, Mitte Dezember.

Dieser Tage ist vor den Äffsen von Trozzo ein Prozeß beendet worden, Nachspiel einer Episode des Bürgerkrieges, der im Jahre 1922 in Fojano Kommunisten und Faschisten zum Opfer fielen. Auf der Anklagebank saßen aber nur die Verantwortlichen für die kommunistischen Repressalien. Die an dem ersten Blutbad schuldigen Faschisten sind alle durch die Weihnachtsamnestie vom Jahre 1922 straffrei ausgewungen. Diese jedes Rechtsgefühl verhöhrende Tatsache ist dann noch durch den Wahrspruch der Geschworenen und das Urteil gekrönt worden. Von 32 Angeklagten sind 14 freigesprochen worden. Für die übrigen 18 hat man die Propagation und alles, was sonst mildernde Umstände ausmachen konnte, verneint, nur generell jene mildernden Umstände bewilligt, die das lebenslängliche Zuchthaus in dreißigjähriges verwandeln. Insgesamt sind 345 Jahre Zuchthaus verhängt worden für ein Massenverbrechen, das als Reaktion auf ein straffrei gebliebenes Massenverbrechen erfolgt ist.

Wir können nicht annehmen, daß dieser Wahrspruch dem Rechtsempfinden der Geschworenen entspricht. Es ist undenkbar, daß vor ihrem Geiste nicht das Bild der Faschisten erschienen ist, die für dieselbe Schuld ganz straffrei ausgegangen sind. Wenn trotzdem ein so erbarmungsloser Wahrspruch gefällt werden konnte, so muß den Geschworenen ein Wink gegeben worden sein, daß man an „hoher Stelle“ große Strenge gern sehen würde. So, fragt man sich aber, wie kann in Zeiten, wo der Haß in jeder Straßenecke brüht, wo das Gefühl des erlittenen Unrechtes den Atem abschneidet, wo der Italiener sich als Fremdling fühlt im eigenen Vaterlande, wie kann sich da die Regierung von solch drastischer Härte irgend welchen Vorteil versprechen?

Im ganzen Lande regnet es Verurteilungen, auch gegen Faschisten. Dazu viele Verhaftungen wegen angeblicher kommunistischer Komplote. Uns scheint, es liegt Methode in dem Wahnsinn: die Regierung sammelt Austauschgefangene für eine politische Amnestie. Sie stopft die Gefängnisse und Zuchthäuser mit Proletariern voll und läßt sich jede Familie, die ihres Ernährers beraubt ist, jede Witwe, deren Sohn im Gefängnis sitzt, wird, ohne es zu wollen, zum Verfechter jener politischen Amnestie, mit der die Regierung den Prozeß Matteotti aus der Welt schaffen möchte. Nach dem Moslauer Programm der „Zellen“ schafft die Regierung lauter kleine Zentren, in denen man die Amnestie als eine Erfindung erwartet. So bereitet man eine kolossale Erpreßung vor, gegen die die beliebte Alternative Mussolinis: „Wahl zwischen mir und dem Bürgerkrieg!“ noch etwas moralisch Anständiges ist. Man will die Not und den Jammer der Proletarier der kleinen Orte ausschalten, um damit die Straffreiheit der Herren Generallisten De Bono und Balbo, der Herren Marinelli und Rossi und ihrer bezahlten Handlanger zu erreichen. Aber die Regierung sollte eingedenk sein, daß sogar die gemeinen Verbrecher des römischen Gefängnisses sich seinerzeit geweigert haben, mit den Mördern Matteottis gemeinsam im Hofe Luft zu schöpfen. Viele Familien sind auch durch das Unglück der Ihren nicht so tief gebrochen, daß sie deren Freiheit mit der Straflosigkeit der Mörder Matteottis bezahlen möchten.

Das Wort der politischen Amnestie ist zuerst von der kommunistischen „Unità“ und vom marxistischen „Avanti“ hingeworfen worden. Dann hat es die Regierungspresse mit Begeisterung aufgegriffen. Man will alles vergeffen und vergeben, den Schleier des Verzeihens über eine „tribe Phase des sozialen Lebens“ breiten. Die Regierung ist zu jeder Selbstamnestie bereit. Dem obersten Gerichtshof würde man gern Arbeit ersparen.

Es soll aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß eine politische Amnestie in Italien heute eine Schande wäre für das Land, eine moralische Minderwertigkeitserklärung, die sich eine Nation, die so etwas duldet, selbst ausstelt. Für die Ermordung Matteottis gibt es keine Amnestie vor dem Prozeß, gibt es keine Amnestie, solange nicht die Verantwortlichkeit nach oben hin fest abgegrenzt ist. Wenn der Verdacht hinaufsteigt bis zur Regierung, dann kann diese nicht sagen: lassen wir Vergangenes vergangen sein, möge vergehende Müde alle Fehler zudecken! Nicht Müde, sondern klare Berechnung führt der gewollten Amnestie die Hand. Faschisten haben Matteotti gefnebelt und ermordet und nannten das eine Dummheit; jetzt wollen sie die Justiz knebeln und ermorden und nennen das Amnestie. Aber dieses Spiel soll der Regierung nicht glücken.

Auf den ersten Blick ist es verblüffend, daß jetzt auch die Liberalen des „Giornale d'Italia“, die ungetreuen Faschistenfreunde, der Amnestie das Wort reden, ohne sich um den greuzen Namen des Landes Sorge zu machen. Aber in der Nähe gesehen ist ihre Rechnung gar nicht so dumm. Sie sagen: Mussolini geht nicht, weil er weiß, daß ihm die Ergebnisse des Prozesses Matteotti — wenn er ohne Beeinflussung der Justiz und der Zeugen geführt würde — moralisch das Genick brechen würden. Um Mussolini das Gehen zu erleichtern, schreibt die der Nachfolge begierige liberale Rechte die Amnestie auf ihr Programm. Sie will Mussolini so sein ministerielles Sterben sanfter machen. Das Proletariat Italiens weiß gewiß den Vorteil von Mussolinis Rücktritt zu schätzen, aber der geforderte Preis der vermeintlichen Klarheit über die Ermordung Matteottis dürfte ihm zu hoch erscheinen.

Wir verstehen sehr gut, daß dem Sichankammern Mussolinis an die Nacht nicht mehr Rechnung, sondern nur noch

Der ungefehlte Abbau.

Die Entscheidung des Kammergerichts.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Begründung des richterlichen Ausschusses, der den politischen Abbau der Wahlbeamten legitimiert, hat bereits von den verschiedensten Seiten zutreffende Kritik erfahren. Die Entscheidung ist nur daraus verständlich, daß der Ausschuss offenbar den Zusammenhang der gesetzlichen Bestimmungen nicht hinlänglich übersehen hat. Die Begründung läuft darauf hinaus, daß nach dem Willen der preussischen Abbauperordnung der politische Abbau statthaft sei, weil die Entscheidung einer politischen Körperschaft, nämlich der Stadtverordnetenversammlung übertragen ist. Hätte die preussische Verordnung eine solche Ausnahmebestimmung für die Wahlbeamten gemacht, so wäre sie insoweit ohne weiteres richtig. Die preussische Abbauperordnung ruht auf dem Grunde der Reichsverordnung, sie ist erlassen gemäß Artikel 18 der Reichsverordnung, wonach die Länder berechtigt und verpflichtet sind, für die Beamten der Gemeinden eine den allgemeinen Grundregeln der Artikel 1 bis 9 und 15 dieser Verordnung entsprechende Regelung zu treffen. Zu diesen Grundregeln, die demgemäß für die preussische Verordnung bindend sind, gehört daher auch Artikel 3 § 4 der Reichsverordnung, der bestimmt: „Die Auswahl der in den einseitigen Ruhestand zu Versetzenden darf durch ihre politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung und durch ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei und zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein nicht beeinflusst werden.“ Es sind daher nur zwei Schlussfolgerungen möglich: Entweder die preussische Verordnung hätte die ihr vom Kammergerichtlichen Ausschuss zugeschriebene Absicht einer Ausnahmebehandlung der Wahlbeamten, dann folgt daraus zwingend die Richtigkeit wegen Verstoßes gegen das Reichsrecht; oder aber die Verordnung wolle auch für die Wahlbeamten den politischen Abbau verbieten, dann hätte der Ausschuss die entsprechende Feststellung und Entscheidung zu treffen. Daß die Verordnung im Sinne der letzten Auffassung auszulegen ist, geht schlüssig daraus hervor, daß im Gegensatz zur Reichsverordnung, die dem Beamten überhaupt kein Rechtsmittel gewährt, die preussische Verordnung den Einspruch gerade zu dem Zwecke geschaffen hat, dem Beamten verstärkten Rechtsschutz gegen den politischen Abbau zu geben. Die Rechtsprechung des Ausschusses macht gerade diesen Zweck illusorisch.

Rechtssirrig ist endlich die Ansicht, daß aus der Übertragung des Abbaus an eine politische Körperschaft auch der politische Charakter der Auswahl folge. Auch die Entscheidung einer politischen Körperschaft hat nach Maßgabe und innerhalb der Schranken des Gesetzes zu erfolgen. Es ist auch durchaus nichts Ungewöhnliches, daß eine politische Körperschaft Entscheidungen trifft, die gebundenen Rechtscharakter haben. So fungiert z. B. die Stadtverordnetenversammlung als Wahlprüfungsgericht für die Stadtverordnetenwahlen, ihre Beschlüsse auf diesem Gebiete unterliegen der Nachprüfung im Verwaltungsstreitverfahren.

Zu der Objektivität der Richter darf man das Vertrauen haben, daß sie ihren Beschluß einer Nachprüfung unter Berücksichtigung der von der öffentlichen Kritik geltend gemachten Bedenken unterziehen. Da dieser Beschluß kein Urteil ist, sondern nur ein Verwaltungsakt, so sind nach meiner Auffassung, die ich hier nicht näher begründen kann, die Richter für befugt zu erachten, ihre Entscheidung selbst abzuändern.

Unverkennbar ist, daß hinter der Ausschussentscheidung ein richtiges Empfinden steckt, das nur einen falschen rechtlichen Weg gegangen ist. Gerade weil nämlich der Abbaubeschluß streng gebundenen Rechtscharakter hat, verschiebt er die Grundlagen für das Zustandekommen des obersten Gemeindevollens und bedeutet einen Eingriff in die städtische Autonomie, der eine organisationsgesetzliche Aenderung ist und als solcher von der Abbauperordnung gerade nicht gewollt war. Denn der Leitgedanke des Abbaus ist eine rein zahlenmäßige Personalverminderung ohne Aenderung der in den Organisationsgesetzen, insbesondere in den Gemeindeordnungen verankerten Verwaltungsorganisation. Der Ausschuss wird sich daher auch mit diesen Bedenken gegen die Statthaftigkeit des Abbaus der Wahlbeamten auseinanderzusetzen haben.

Hinein in den Völkerbund!

Die Akademische Vereinigung der Völkerbundfreunde veranstaltete gestern im großen Sitzungssaal des Herrenhauses eine mächtige Kundgebung über die „Forderung der Stunde“. Als erster Redner vertrat sie, häufig von Beifall unterbrochen, mit Temperament und Verständnis einer der ältesten Vorkämpfer des Völkerbundes, Genosse Edward Bernheim. Mit Recht betonte er, wir müssen in den Völkerbund, der heute noch ein „Bund der Nationen“ ist, eintreten, wenn er repräsentieren sollen, was er repräsentieren soll. Gerade seine Mängel sind ein Grund zum Beitritt, durch den allein wir Unvollkommenheiten beseitigen können. Wäre das deutsche Volk durch eine nationalitätsverlegene Presse nicht so mangelhaft über die tatsächlichen Leistungen des Völkerbundes unterrichtet, dann würde es einmütig der Überzeugung sein, daß nur Gewissenhaftigkeit (gegen einen Bund der Völker werden kann. (Stürmischer Beifall.) Weider aber muß gerade jetzt festgestellt werden, daß das Vertrauen in den vollen Friedenswillen Deutschlands zurückgegangen ist, weil die Reden unserer Politiker im Ausland mit der Lippe gelesen werden. Es würde heute besser um uns, sagten sich unsere Politiker stets, doch ein Staatsmann nicht nur für seine jeweiligen Zuhörer, sondern für die ganze Welt spricht. — Den Eindruck solcher eigentlich selbstverständlichen, aber doch so seltenen Tatsachen hätte man in der Tat bei den Ausführungen Bemheimens, und wie sie zündeten, bewies der stürmische Beifall, den sie bei der gespannt lauschenden Versammlung auslösten.

Eine historische und wirtschaftliche Begründung über die Notwendigkeit des Eintritts in den Völkerbund gab weiterhin Professor Walter Schilling, und besonders wurden seine Ausführungen über Bismarck, den großen Schachspieler, der nach Bismarcks Wort jeden einzelnen Zug gewonnen, aber das ganze Spiel verloren hat, mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Das verfallene Deutschland im Zeitalter Bismarcks hat uns in den Krieg geführt, und dieses gepriete „Stabilität“ wurde für alle zum großen Schachmatt. Wiederholung dieser großen Tragödie ist nur bei restloser Bewirkung des großen Gedankens planmäßiger Kooperation unmöglich; der einzige Weg hierzu ist der Völkerbund, der

das werden wird, was die Völker aus ihm machen. In seinem Rahmen begegnet sich die deutsche Sache mit der Sache der Menschheit!

Auch diese Rede fand wie das überzeugende Schlusswort des Prof. Dessauer-Frankfurt a. M., der auf die noch zu erledigenden Mängel näher einging, starken Beifall, und es ist zu hoffen, daß auch die Veranstaltung der abendlichen Jugend ein Beitrag zur Förderung unserer Sache, die die Sache der deutschen Republik ja tatsächlich die Sache der ganzen Menschheit ist. Die Weichenstellung war eine Friedensbotschaft. Deutsche, vergeßt es nicht!

Traurige Weihnachtsmesse.

Der Weihnachtsmarkt gehört eigentlich in die trauenzelige Beleuchtung vergangener Zeiten. Heute, im elektrischen Licht, ist ihm so viel von seiner Heimlichkeit und Traulichkeit genommen. Hin und wieder paradiert noch einmal ein Verkäufer mit dem Reiz der Originalität, im großen und ganzen aber wird der Markt selbst von vielen unthöerlichen Fußgängern der Großstadt als Steinhügel betrachtet. Die prächtigsten Auslagen sehen wir jederzeit in den Schaufenstern, der Straßenhandel ist uns auch kein Fremder und der Rummelpöbel schreit und lärmst allabendlich an allen Ecken und Enden der Stadt. Wir sind nicht mehr auf eine Zusammenballung all dieser Herrlichkeiten auf die Vorweihnachtszeit angewiesen. Doch auf den Weihnachtsmarkt sind wir angewiesen. So gibt man dem Weihnachtsmarkt einen anderen Namen, nennt ihn Weihnachtsmesse und verlegt ihn in den Sportpalast. Man wollte die Messe ursprünglich mit einem gewissen Nimbus umgeben, verlangte zuerst ein ziemlich hohes Eintrittsgeld, das aber sehr rasch sank. Es ist nun mal eben allgemeine Flaute und der Anreiz der Kaufbegierde stärkt die Kaufkraft des Publikums nicht.

Selbst eine „feenhaft beleuchtete Autotunnelbahn“, die auf dem freien Platz vor dem Sportpalast schreit und lärmst, zieht wohl neugierige Kinder heran, aber keine Mischler. Und wenn mal ein paar Vergnügungstreibende die Rundfahrt antreten, dann kommen sie sich recht vereint unter den Baldachinen von Paplerstimmsträngen vor, die als grüner und roter Himmel über den Autos schweben. In den weiten Räumen des Sportpalastes selbst ist es leer, sehr leer und der einsame Wanderer hat das beklemmende Gefühl, der einzige Käufer zu sein, auf den sie alle warten. Zu kaufen ist nämlich überhaupt u. a. Neugierde in Kleinigkeiten und etliche Sächleinartikel usw. zu Engrospreisen im Einzelverkauf. Mit Prospekten und Reklametzetteln wird man überhäuftet und Kostproben gibts auch. Aber es ist kaum für einen Pfennig Stimmung vorhanden. Wie ungemütlich, trotz schöner Ausmachung, doch solche Weihnachtsmesse sein kann. Sogar die Leute, die stehen wollen, müssen sich über schlechten Geschäftsgang beklagen, denn sie werden sofort entbedt.

Gewinnbrude reißt sich an Gewinnbrude. Dazwischen stellen Künstler „Gemälde“ (garantiert Original!) aus. Alles will losgekauft und legt die unverbrauchte Tageskraft in das Geschrei der Anpreisung. Man will die Stimmung beleben, man will den Gästen etwas bieten, man will sich selber Mut machen. Einer erprobt die Piepzigkeit eines neuen 3-impfenigstlogers, der andere klumpert einen Schläger auf einem Klavier, zwei Weihnachtsbäume erstrahlen im Glühbirnenstrahl und die Kapelle spielt Militärstücke. Ein kleiner Wollhund ist noch der Lustige von allen, denn er verdrückt andauernd die Augen und staßt die Zunge aus. Aber schließendlich ist auch das nur Wache, weil die Lustigkeit doch nur von dem Mechanismus kommt, der in dem Wollhündchen steckt.

Der Bericht „Messe und Ausstellung“ (Bruno Abendroth) lud zur Eröffnung seiner dritten Berliner Weihnachtsmesse im Künstlerhaus, Vellenerstraße, ein, die bis einschließlich 22. Dezember unentgeltlich besichtigt werden kann. Zur Ausstellung gelangen kunstgewerbliche Arbeiten verschiedener Art, Spielzeuge, Mode- und hauswirtschaftliche Artikel usw. Die Gegenstände sind geschmackvoll und hübsch, vor allem zu ermäßigten Preisen künstlich. Koncerte sowie eine Tombola zum Besten notleidender Künstler dienen der Unterhaltung der Messebesucher; interessant ist die Vorführung des Werdeganges der Kunststoffe. — Gleichzeitig mit der Messe findet die Weihnachtsausstellung des Vereins Berliner Künstler statt, die den Besucher in Ruhe und Beschanlichkeit empfängt.

Die unsterbliche Eierkiste.

Noch ein Prozeß aus der Inflationzeit.

Einen günstigen Abbruch nahm eine Anklage, die gegen den Eierhändler Weidemann vor dem Schöffengericht Mitte zur Verhandlung gelangte. Es handelt sich um einen Prozeß, der noch in die Inflationzeit zurückreicht, und um eine Episode, die noch in der Erinnerung sein wird.

Im August 1923 erschien in dem Tierladen des Angeklagten eine Frau zum Einkauf. Der ihr obersteigende Preis von 70 000 M. für ein Ei erschien der Kundin übermäßig hoch. Sie holte zwei „Grüne“. Die Beamtin forderten den Händler auf, die Eier zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen, sonst würde die Polizei den Verkauf vornehmen. Der Mann wehrte sich dagegen und versangte, daß die Wucherpolizei angerufen werde, da er den Tagespreis verlangt habe. Er erbot sich auch, seine Einkaufsrechnungen vorzulegen. Die Beamtin liehen sich jedoch darauf nicht ein. Der Händler nahm nun die Eierkiste und ging damit zum Treppenhof. Dabei stolperte er und die Kiste fiel zu Boden. Einer der Polizisten ging nun zu der draußen herrenden Menschenmenge hinaus und ließ nun gefoßt haben: „Der Jude hat die Eier gewaltsam zertrümmert.“ Es entstand bei dem durch die damaligen Preisverhältnisse ohnehin erregten Publikum eine große Aufregung und es erlitten Aufse: „Schlagt den Juden tot und hängt den Wucherer an eine Laterne.“ Der Händler erwiderte der Gefahr eines Landhalses nur dadurch, daß er das Ueberfallkommando anrief. Die beiden Polizisten waren inzwischen nämlich verschwunden. Eine Wucheranzeige gegen Weidemann wurde eingeleitet, da sich herausstellte, daß er nur den üblichen Aufschlag zu seinem Einkaufspreis verlangt hatte. Weidemann machte nunmehr seinerseits Anzeige gegen die beiden Polizeibeamten, die Oberwachmeister Hönike und Krendt, wegen verletzter Ehre und Verletzung ihrer Dienstpflicht, weil sie ihn nicht geschützt hatten. Der Staatsanwalt stellte jedoch das Verfahren gegen die beiden Beamten ein, die im Dienstauswechsweg lediglich eine „Belehrung“ bekamen. — Nun folgte aber der zweite Teil der Affäre: Gegen Weidemann wurde Anklage erhoben, weil er die Eier, die beschlagnahmt gewesen seien, durch Zerstörung der Beschlagnahme einzogener hatte. Außerdem wurde er unter Anklage gestellt wegen großen Unfugs und ruhestörenden Värmes, den er durch sein Verhalten hervorgerufen habe. Der Verteidiger erbrachte den Beweis, daß der eine der beiden Polizeibeamten, Hönike, Anklage dieses Jahres wegen Mißhandlung eines festgenommenen bestrift worden ist, und daß gegen ihn auf disziplinarischem Wege keine Dienstentlassung beantragt worden sei. Der Zeuge Hönike war der Meinung, daß der Angeklagte die Eier absichtlich „zertrümmert“ habe. Der andere Beamte machte nichts Genaueres anzu-

geben. Der Angeklagte selbst behauptet, daß nur ein kleiner Teil der Eier zerbrochen sei, und daß er den größten Teil am nächsten Tage verkauft habe. Der Verteidiger war der Meinung, daß eine Beschlagnahme im Rechtsinne gar nicht vorzulegen habe, sondern nur eine Androhung des Verkaufs durch die Polizei, zu der die Eier gar nicht befugt gewesen sei. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen großen Unfugs und ruhestörenden Värmes fallen und beantragte wegen der gewaltsamen Zerstörung der Eier 200 Mark Geldstrafe; das Gericht kam jedoch zu einer vollkommenen Freisprechung des Angeklagten, weil eine ordnungsmäßige Beschlagnahme nicht vorliege. Allerdings habe der Angeklagte nach Ansicht des Gerichts die Eier mit Absicht zu Boden geworfen.

Weil sie heiraten wollte.

Eine nicht mehr ungewöhnliche Aufführung fand ein Einbruch der Kriminalpolizei seit einigen Tagen beschäftigt. Ein Kaufmann vom Tempelhofer Ufer befand sich vormittags in seinem Geschäft. Seine Frau mußte zu Besorgungen ausgehen. Bei der Heimkehr fand man die ganze Wohnung durchwühlt. Schmuckstücke, Wäsche und Kleidungsstücke im Gesamtwerte von 10 000 Goldmark waren gestohlen. Am Türschloß war nichts zu merken. Die Einbrecher mußten mit einem Diebstahl oder Nachschlüssel sehr behutsam aufgeschloßen haben. Die Hausangehörige, die man allein zu Hause gefassen hatte, wollte nichts gehört haben. Sie behauptete, daß sie die ganze Zeit über auf dem Boden gewesen sei und Wäsche aufgehängt habe. Im Verhör durch die Kriminalpolizei gestand sie nach längerem Leugnen dann auch, daß sie selbst den Einbrecher eingelassen hätte. Das Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem gewissen Arthur Lindemann, einem der Kriminalpolizei bekannten Einbrecher. Dieser hatte ihm die Ehe versprochen, obwohl er schon verheiratet und Vater von zwei Kindern ist. Die Hochzeit zögerte er immer wieder hinaus mit der Begründung, daß er als Schloffer augenblicklich zu wenig verdiene, um heiraten zu können. Endlich meinte er, seine Braut möchte ihm doch einmal in der Wohnung der Herrschaft nachsehen lassen, was es dort wohl alles gäbe. Wenn es sich lohnte, so könne man ja dann die Hochzeit feiern. Ein Einbruch lasse sich leicht nachhaken, so daß gar keine Gefahr dabei sei. Die Lustigkeit auf die baldige Heirat veranlaßte das Mädchen, auf den Plan einzugehen. Die Beamtin kamen dem Verbrecher auf die Spur und nahmen ihn in einem Lokal in der Alten Schönhauser Straße fest. Von seiner Beute will der Verheiratete nichts mehr besitzen. Ohne Zweifel hat er die Sachen irgendwo versteckt. Weiterungen über den Verheirateten nimmt die Dienststelle B. 1. 3 im Zimmer 103 des Polizeipräsidenten entgegen.

Geschmacklosigkeiten im Mundfunk.

Oftens abend wurden die Rundhörer durch den Vortrag eines im Programm nicht genannten Komikers „erfreut“, der einer Anzahl unserer Leser Veranlassung gab, uns zu ersuchen, gegen derartige Vorbereitungen in der Öffentlichkeit Protest zu erheben. Der betreffende Komiker forsierte einen Berliner Fremdenführer, der auf den großen Rundfunkautos seines Amtes waltet. Als er an Reichstag vorbeikommt, erklärt er: „Das ist der Friedhof für 400 Abgeordnete“, und als es am Potsdamer Platz wegen der Stille nicht weiter geht, ruft er: Alles aussteigen, meine Herrschaften. Erst wenn der Kräftstod und der Kräftstiefel wieder regieren werden wir für 50 Pfennig wieder durch Berlin fahren können — und hoffentlich recht bald. Diese Schmutzreden nach den beiden Gemälden des früheren Regimes mag der Komiker — an dessen Vortragsweise etwa von Ironie nichts zu merken war — mit einigen seiner Rundhörer der gestrigen Abends teilen. Die weitaus größte Menge der Zuhörer lehnt derartiges um so mehr ab, als der Berliner Sender nicht nur in Deutschland gehört wird. Die Funkstunde sollte von sich aus darauf sehen, daß derartige Geschmacklosigkeiten unterbleiben.

Schweres Unwetter am Mirbachplatz. In der vergangenen Nacht gegen 14 Uhr früh fuhr eine mit acht Personen besetzte Kradtröschle die Mar-Stein-Ecke entlang. An der Mündung in den Mirbachplatz wurde die Droßke an die Bordwelle gefesselt und der 58jährige Kaufmann Fritz Dietrich aus der Vohringer Str. 41 in Wellense, der auf dem Trittbrett stand, fiel so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Droßke wurde vorläufig dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus zugeführt. Die Droßke hatte schwere Beschädigungen erlitten.

Zur Nachahmung empfohlen. Ebenso wie im vorigen Jahre haben die Ständehaber der Markthalle IX Pflücker- und Eisenbahnstraße sowie die Geschäftsinhaber der angrenzenden Straßen für arme alle Leute eine Weihnachtsausstellung veranstaltet. Die Spenden wurden einigen benachteiligten Wohlfahrtsvereinen zur Verteilung überlassen.

Eine abgeänderte Polizeiverordnung. In der Verordnung betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit der Angestellten an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten (am 14. und 21. Dezember) ist die vorgeschriebene Bedingung, diejenigen Arbeitnehmer, welche an beiden Sonntagen beschäftigt werden, an einem Werktag innerhalb der letzten zwei Wochen vor Weihnachten vor- oder nachmittags vier Stunden von der Dienstleistung zu befreien, wieder aufgehoben worden.

Ein deutscher Fischdampfer gesunken. Nach einer Radiomeldung aus Christiania sind zwei deutsche Fischdampfer auf der Höhe von Hangeland zusammengestoßen, ein Dampfer ging sofort unter, fünf Mann der Besatzung sind ertrunken.

Nach einer weiteren Meldung sind die mit dem gesunkenen Hamburger Fischdampfer „Heinrich Huch“ ums Leben gekommenen Mannschaften: Maschinenführer, Oberbootsch, zweiter Steueremann Borbin, Matrose Kundi und Heizer Pannemann.

Schweres Baumsturz in Neumünster. In einem Neubau, den der Allgemeine Bau- und Sparverein für Neumünster und Umgegend“ auführen läßt und der so weit fertiggestellt war, daß das Haus gerichtet werden sollte, stürzte ein Mägel des Rohbaus zusammen und begrub 8 Personen unter den Trümmern. Der alarmierten Feuerwehr gelang es, die Verunglückten in teilweise schwer verletzten Zustände zu bergen. Es sind 3 Tote zu beklagen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Die Unwetterhöhen in den Vereinigten Staaten. Die Räte und die Stürme in den Mittelstaaten richten immer größeren Schaden an. Die telefonische Verbindung zwischen New York und den westlichen Städten ist vielfach unterbrochen.

Groß-Berliner Parteinrichten.

Morgen, Sonntag, den 21. Dezember:

21. Abt. Die Genossen treffen sich vormittags in den Schulblöcken zur Flugblattverbreitung. — Die Genossen werden gebeten, alle Sammelstellen von der Wahl abzuräumen, ferner wegen Quotenlosigkeit alle Schulen und Wahlstellen.
22. Abt. Gruppen 1. 1a und 2: Früh 9 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Gruppensammlern aus.
23. Abt. Früh 9 Uhr bei Goldschmidt, Stolische Str. 36, Flugblattverbreitung.
24. Abt. Zur Flugblattverbreitung treffen sich 60 Genossen, Wilmersberg Früh 9 Uhr bei Bock, Illertr. Str. 21. Genossen müssen die Beitragsanträge und Sammelstellen abgerechnet werden.
25. Abt. 9 Uhr. Heute pedantisch (Sonntag) 9 Uhr haben die Beschlagnahmer der Partei, Gruppe 26, die 7-8 Uhr ab. Sonntag früh 9 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. — 21. Abt. Die Flugblattverbreitung der anderen Bezirke findet von 9 bis 10 Uhr, die oberen von 10 bis 11 Uhr.
26. Abt. Pflückerstr. Früh 9 Uhr Flugblattverbreitung. Gedruckt von: Krenz, Vohringer Str.

